einfach der Fraktion zur Erwägung überweisen. Ich beantrage demnach, alle diese Anträge der Fraktion zu überweisen.

Auf Antrag Fischer-Weimar und Schmidt-Zwickau wird die Diskussion geschlossen, nachdem Emmel sich dagegen erklärt hat.

Das Schlußwort erhält

Berichterstatter Singer: Parteigenossen! Nachdem, wie es scheint, im Parteitage die Neigung vorhanden ist, alle zu diesem Punkte der Tagesordnung gestellten Anträge der Reichstagsfraktion zur weiteren Erwägung zu überweisen, kann ich mir ein näheres Eingehen auf die meisten dieser Anträge ersparen. Ich würde sonst im Wesentlichen zu denselben Resultaten kommen müssen wie Bebel. Was die Diskussion anlangt, so kann es sowohl der Partei als auch den Abgeordneten zur Genugthuung gereichen, daß gegen die Thätigkeit der Fraktion wesentliche Einwendungen hier nicht erhoben werden konnten. Vereinzelte Bedenken hat nur unser Antrag betreffend die Verstaatlichung der Apotheken hervorgerufen. Wenn es uns aber gelungen wäre, die privatkapitalistische Ausbeutung, die gerade auf dem Gebiet des Heilwesens am niederträchtigsten wirkt, zu beseitigen, so hätten wir doch etwas erreicht, was des Kampfes werth gewesen wäre. Wir haben nur zu bedauern, daß der Genosse, der vorhin sprach, dasselbe that wie der Reichstag nämlich unseren Antrag pure abgelehnt hat. Ich bin sehr weit entfernt, zu glauben, daß, wenn unser Antrag angenommen und die Apotheken und Aerzte verstaatlicht worden wären, die Klassenlage der Arbeiter wesentlich verändert und eine durchgreifende soziale Umgestaltung der herrschenden Verhältnisse herbeigeführt sei. Davon ist gar keine Rede. So lange aber das privatkapitalistische Wirthschaftssystem noch besteht, dürfen wenigstens die Heilmittel und die ärztliche Behandlung nicht zum Gegenstand der Ausbeutung gemacht werden; gerade in Rücksicht auf das neue Krankenkassengesetz wäre es doppelt wünschenswerth, wenn die Krankenkassen in der Lage wären, statt sich in geradezu schamloser Weise von den Apotheken ausbeuten zu lassen, das ersparte Geld zu besserer und größerer Unterstützung für die Kranken zu verwenden. (Zustimmung.) Genosse Koenen hat gefragt, warum wir einer bestimmten Aeußerung eines freisinnigen Abgeordneten nicht widersprochen haben. Ich persönlich erinnere mich dieses Vorfalls nicht, vielleicht war ich gerade nicht im Hause. Aber andererseits geht es im Reichstage gerade so zu, wie hier auf dem Parteitage; wenn die Diskussion geschlossen ist, so muß man eben ruhig sein. Die Angelegenheit aber zum Gegenstand eines besonderen Antrages zu machen, würde sich doch kaum empfohlen haben. Wäre die Möglichkeit gewesen, die Angabe, daß in Stettin keine Arbeitslosigkeit geherrscht habe, durch einen unserer platzkundigen Vertreter im Augenblick zu widerlegen, so würde dies ganz gewiß geschehen sein. In Bezug

auf die Klagen von Bueb und Kandt möchte ich sagen: nicht nur in Mecklenburg und im Elsaß müssen die Leute Steuern zahlen und den Mund halten, auch in Preußen findet das alte Wort: „Steuern zahlen und Maul halten" seine historische Begründung. Unsere Gegner halten es überhaupt nicht für nöthig, daß die Sozialdemokratie in den Parlamenten mitredet. Den Gegnern könnte kein größerer Gefallen geschehen, als daß die parlamentarische Sozialdemokratie, nach dem Rathe des Herrn Hans Müller, in der Versenkung verschwindet. (Heiterkeit.) Zum Antrage Ehrhart, der mir sehr der Beachtung werth erscheint, und über den ja besonders abgestimmt werden wird, bemerke ich noch, daß es ganz nützlich sein würde, wenn der Parteitag die Fraktion veranlaßte, unmittelbar nach jeder Session einen gedrängten Bericht über ihre Thätigkeit zu veröffentlichen. Zweifellos würden die Genossen im Lande an der Hand dieses Materials eher in der Lage sein, die Fragen, auf die es ankommt, in Versammlungen zu erörtern. Ich sehe keinen Grund, mich gegen die Annahme des Antrages Ehrhart auszusprechen. Indem ich mich über die unsere Thätigkeit beurtheilende Resolution selbstverständlich jedes Wortes enthalte, kann ich zum Schluß nur noch versichern, die Fraktion wird nach wie vor bestrebt sein, auch im Parlamente die Ziele der Partei energisch zu fördern und rastlos für die Befreiung der Arbeiterklasse zu kämpfen. (Beifall.)

Der Antrag Bebel, sämmtliche Anträge, welche Vorschläge für die parlamentarische Thätigkeit der Fraktion enthalten, derselben zur Erwägung zu überweisen, wird mit sehr großer Majorität angenommen.

Die vom Referenten eingebrachte Resolution betreffend die Militärvorlage gelangt einstimmig zur Annahme.

Die Resolution Vogtherr, Börner und Genossen wird gegen 3 bis 4 Stimmen angenommen, die Resolution Düsseldorf gegen 5 bis 6 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Ehrhart findet eine große Majorität.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung:

Anträge zur Organisation.

Zur Verhandlung steht zunächst der Antrag einer Versammlung von Frauen und Mädchen in Berlin, Fräulein Baader und Genossinnen, auf

1. Sprachliche Aenderung der §§ 3, 4 und 5, soweit die Rede von „Vertrauensmännern" ist, und dafür die Worte „Vertrauenspersonen" zu setzen.

Ottilie Baader-Berlin: Die Abänderung ist beantragt worden, weil wir in der sprachlichen Ausdrucksweise ein Hinderniß dafür sehen, daß die Frauen mit zu den Arbeiten herangezogen werden, die in unserer Partei erforderlich sind. Da nun die Sozialdemokratie

die Nothwendigkeit einsieht, daß die Frauen in gewerkschaftlicher und politischer Beziehung mitarbeiten, und da die Gesetze uns keine politischen Rechte geben, die Partei aber in ihrem Programm ausgesprochen hat, daß die Frauen gleichberechtigte Genossen sind, so sind wir der Ansicht, daß die sprachliche Fassung so beschaffen sein muß, daß dem Eintritt und der Mitwirkung der Frau kein Hinderniß auferlegt wird. Von vielen anwesenden Genossen ist gesagt worden, es kämen hier blos Frauen in Betracht, welche eine Rolle spielen wollen. Das liegt uns ganz fern. Wir streben einfach die Gleichberechtigung mit den Männern an. (Beifall.)

Ohne weitere Diskussion wird der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Von derselben Versammlung ist ferner beschlossen worden, die Streichung des folgenden in § 9 vorkommenden Satzes:

„Insoweit nicht unter den gewählten Vertretern des Wahlkreises sich Frauen befinden, können weibliche Vertreter in besonderen Frauenversammlungen gewählt werden,"

zu beantragen.

Ottilie Baader-Berlin: Es könnte scheinen, als wenn die bisherige Bestimmung, die wir streichen wollen, geradezu einen Vortheil für die Frauen bedeutete und wir uns also einen Nachtheil zufügen würden, wenn unser eigener Antrag durchginge. Wir sind aber der Meinung, daß das vermeintliche Vorrecht, das uns hier geboten wird, damit nicht in Einklang steht, daß die Frauen gleichberechtigte Genossen sein sollen. Wir wollen nicht Vorrechte, sondern gleiche Rechte. (Sehr richtig!)

Auch dieser Antrag gelangt ohne weitere Diskussion mit großer Mehrheit zur Annahme.

Weiter beantragen:

1. Die Genossen von Bernburg, Bielefeld, Duisburg-Mühlhausen, Frankfurt a. M., Liegnitz, des 16. sächsischen und des 1. württembergischen Wahlkreises dem § 7 Abs. 1 des Organisationsstatuts der Partei folgende Fassung zu geben:

„Alle zwei Jahre findet ein Parteitag statt, welcher von der Parteileitung einzuberufen ist."

2. Parteigenossen in Düsseldorf: Der Parteitag findet nur alle zwei Jahre statt. Ein außerordentlicher Parteitag ist zulässig, wenn mindestens dreißig Wahlkreise die Nothwendigkeit desselben anerkennen, jedoch darf der darauffolgende ordentliche Parteitag erst wieder zwei Jahre nach diesem stattfinden.

3. Parteigenossen in München: Es soll in Zukunft der Parteitag in der Regel nur alle zwei Jahre stattfinden. Sollten sich in einem zwischenliegenden Jahre Umstände von besonderer Art und Wichtigkeit ergeben, welche den Zusammentritt der

obersten Vertretung der Partei nothwendig machen, so steht das Recht der Einberufung eines Parteitages dem Partei-Vorstand und der Fraktion zu.

Slomke-Bielefeld: Dieser Antrag war bereits in Erfurt zur Erörterung gestellt. Er wurde abgelehnt, weil Bebel erklärte, wenn wir zweijährige Parteitage einführten, würde sich jedes Jahr ein außerordentlicher Parteitag als nothwendig erweisen. Das mochte damals zutreffen, aber mittlerweile haben sich die Ansichten darüber geklärt. Nachdem das Sozialistengesetz gefallen war, gab es eine ganze Menge zu ordnen, woran die ganze Partei theilnehmen mußte. Es galt die Schaffung einer neuen Organisation und nachher die Neuschaffung des Programms. Auch auf dem diesjährigen Parteitage muß noch über diverse Fragen, für die ja auch extra Referenten ernannt worden sind, Aufklärung geschaffen und müssen Direktiven gegeben werden. Dann aber gelangen wir für die Zukunft in ruhigeres Fahrwasser, und es wird nicht mehr nöthig sein, alle Jahre die Parteigenossen zusammenzutrommeln. Wir sagen weiter, der Parteitag kostet ein riesiges Geld. Dieses Geld könnte in den Kreisen zur Agitation verwandt werden, und zweijährige Parteitage werden dann auch vielleicht Vertreter aus entfernteren Bezirken aufweisen. Sollten absolut wichtige Fragen eine schleunige Erledigung erfordern, so hat ja der Vorstand nach dem Statut das Recht, trotzdem einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen. Es paßt dann auch gerade, daß der nächste Parteitag stattfindet, bevor die ordentliche Reichstagswahl kommt, und das wird wohl die Hauptsache sein, mit der sich dann der Parteitag zu befassen hat.

Schulze-Bernburg: Die Bernburger Genossen haben denselben Antrag gestellt und haben dabei noch den besonderen Grund gehabt, daß Rücksicht auf den alle zwei Jahre stattfindenden internationalen Arbeiterkongreß genommen werden muß. Den halten wir für ebenso wichtig und seine Beschickung für ebenso nothwendig als die Beschickung des deutschen Parteitages. Man sagt uns, daß die Abhaltung jährlicher Parteitage nicht nur bezüglich der gefaßten Beschlüsse von Wichtigkeit ist, sondern auch bezüglich der dadurch für ganz Deutschland gebotenen Anregung. Wenn wir aber durch die jährliche Abhaltung nicht in die Lage kommen, unsere Parteitage regelmäßig zu beschicken, dann fällt dasjenige, was man sich von dem Eindruck verspricht, für die Genossen vollständig hinweg, und das betrifft gerade am härtesten diejenigen, welche es am nöthigsten haben, nämlich die rückständigen Wahlkreise. Sie können auch nicht sagen, der Antrag sei undemokratisch, da wir jährliche Rechnungslegung und jährliche Legislaturperioden verlangen und doch dem Vorstand eine zweijährige Dauer gewähren wollen. Es richtet sich das nach den Verhältnissen, nach der jetzigen

und zukünftigen Gestaltung der Erwerbsverhältnisse. Es ist gerade undemokratisch, alle Jahre zu tagen, wo so viele nicht in der Lage sind, sich zu betheiligen, die bei zweijähriger dazu in der Lage sein würden. Was die Ausnahmen in außerordentlichen Fällen anbetrifft, so ist das Nöthige im Organisationsstatut vorgesehen.

Bebel: Ich habe in Halle den Antrag auf das Allerentschiedenste bekämpft und ich thue dies heute wieder. Ich erkläre rund heraus, daß ich es für den allergrößten Fehler, ja sogar für ein Unglück halten würde, wenn der Parteitag sich so entschiede. Den angeführten Gründen stehen weit stichhaltigere durchschlagende gegenüber. Zunächst möchte ich, weil das sehr lehrreich ist, die historische Entwickelung der Frage ins Auge fassen. Solche Einwendungen wie heute, daß man den Genossen nicht zumuthen dürfe, die nöthigen Opfer für die Parteitage zu bringen, wären vor 20 Jahren nicht möglich gewesen (Sehr richtig!), und damals waren wir noch dazu in zwei Richtungen geschieden, und als dritte Richtung war daneben noch die Hatzfeld'sche vorhanden. Alle drei Richtungen haben jährlich ihre Kongresse abgehalten und mit der größten Eifersucht darüber gewacht, daß dieses erste und vornehmste Recht der Kontrole ihnen nicht genommen werde. Als wir das Sozialistengesetz hatten und nicht frei zusammenkommen konnten, ist es uns, wie jeder weiß, sehr schwer geworden, auf dieses wichtige Recht zu verzichten, und schließlich haben wir es doch mit den schwersten Opfern, aber zum Staunen der ganzen Welt möglich gemacht, im Auslande zusammen zu kommen. Die jährlichen Parteitage sind geradezu ein Sicherheitsventil, sie sind nothwendig aus parteipolitischen Gesundheits-Rücksichten. Was von der Unmöglichkeit geredet wird, die erforderlichen Opfer zu bringen, ist einfach nicht wahr. Bis jetzt hat die Partei jederzeit die Mittel gehabt. Es sind bei den Sammlungen dafür nicht blos die Opfer gebracht, es sind sogar noch Ueberschüsse gemacht worden. (Zustimmung.) Nun soll der jährliche Parteitag sich mit den internationalen Kongressen, die alle zwei Jahre stattfinden, nicht vertragen. Daß im nächsten Jahre 2 Kongresse stattfinden, ist ein Zufall, aber wenn ich vor die Wahl gestellt werde, alle Jahre einen deutschen Parteitag und nur alle 3, 4 Jahre einen internationalen Kongreß zu haben, würde ich den jährlichen deutschen Parteitag vorziehen. (Sehr richtig!) Daß wir in ein ruhigeres Fahrwasser kommen, daß keine wichtigen Fragen mehr vorliegen, habe ich nicht gemerkt. Wir haben volle 5 bis 6 Tage zu thun, bis wir fertig werden, obgleich keine „großen" Fragen uns diesmal beschäftigen. Wenn nicht jährlich Parteitage stattfinden, wird die Folge sein, daß immer mehr Stoff zur Unzufriedenheit sich ansammelt, daß Gerüchte in Umlauf kommen, über die keine Aufklärung zu erlangen ist. Wird erst einmal ein außerordentlicher Parteitag nothwendig, dann schreit die ganze gegnerische

B

Presse und zwar mit Recht, daß es in der Partei an allen Ecken und Enden gährt und kracht, und das würde im höchsten Grade schädlich für die Partei und die Parteileitung sein. Ich möchte in keinen Partei-Vorstand eintreten, der nur alle 2 Jahre gewählt wird. Die Verantwortung trage ich nicht. Ihr seht doch, was Ihr Alles in diesem Jahre auszusetzen gehabt habt. Viele der eingelaufenen Anträge sind ganz gewiß ungerechtfertigt; aber es ist sehr gut, daß es zur Aussprache kommt, viel besser, als wenn diese Beschwerden im Stillen fort und fort wühlen. Machen Sie nicht den Fehler, Ihre eigenen Rechte so zu verkürzen, wie es hier beantragt wird. Wir haben prinzipiell jährliche Legislaturperioden für nothwendig erklärt; wir sind davon nur abgegangen, weil wir uns selber sagten, daß allgemeine Wahlen jedes Jahr unter den außerordentlich schwierigen Verhältnissen kolossale, unerschwingliche Opfer fordern würden. Ganz anders aber steht es bei uns. Nun sollen jetzt gerade besonders schlechte Zeiten obwalten. Wer garantirt, daß sie nach 2 Jahren besser sind? Das gerade Gegentheil wird der Fall sein. Die Mittel für den sozialdemokratischen Parteitag finden sich zu allen Zeiten. Ich bedaure lebhaft, daß auch Frankfurt und München unter dem Antrage stehen, wo die Schwierigkeit, die Mittel aufzubringen, doch garnicht in Betracht kommen kann. Diese Orte stellen sich damit ein ungeheures Armuthszeugniß aus. Ich bitte Sie dringend, halten Sie das Recht, was wir haben, fest im Interesse der Partei. Wenn wir davon abgehen, werden Sie sehen, es gehen keine 1½ Jahre ins Land und allgemein wird ein außerordentlicher Parteitag Bedürfniß sein, und dann ist die Situation weit schlimmer wie gegenwärtig. Ist es denn gerade nöthig, daß jährlich alle Kreise vertreten sind, daß wir immer 250 Mann stark sind? Zur Zeit der Eisenacher und Lassalleaner waren es 40 bis 60. Auch der Gothaer Kongreß, der von beiden Seiten beschickt war, zählte 120 Delegirte. Wenn wir künftig statt 250 nur 150 sind, dann halte ich das auch noch für keinen Fehler. Diese 150 sind bei einander, sie sind die Repräsentanten der Partei und können über alle Lebensfragen der Partei in zufriedenstellender Weise entscheiden. Was früher gegangen ist, muß jetzt erst recht gehen. Ich betrachte diese Anträge als ein Zeichen von Behaglichkeit, und das Umsichgreifen dieser Behaglichkeit würde das größte Unglück der Partei sein. (Beifall.)

Wilke: So außerordentlich es mich erfreut hat, daß Genosse Bebel diesen Standpunkt einnimmt, und so wohlthuend es ist, daß ein Mitglied des Partei-Vorstandes selbst uns den Rath giebt, alle Jahre zusammenzukommen, um uns untereinander und dem Partei-Vorstand den Kopf zu waschen, so meine ich doch, daß auch der Antrag auf zweijährige Parteitage nicht aus dem Verlangen nach Behaglichkeit erfolgt. Uns leitet vielmehr der Gedanke an die

B

praktische Arbeit draußen in den Provinzen; dort wollen wir nicht behaglich leben, sondern recht thätig sein, öfter als bisher zusammenkommen und die Agitation besprechen; dazu können die Mittel verwandt werden.

Geiger-Stuttgart: Nach der Meinung der Stuttgarter Parteigenossen sollen Parteitage je nach Bedürfniß abgehalten werden. Es kommen doch neben dem Parteitag auch die Provinzialtage in Betracht. Wir haben in Württemberg jährlich einen Landesparteitag, und außerdem werden auch für die einzelnen Wahlkreise Konferenzen abgehalten. In dieser letzteren Beziehung geschieht heute gewiß sehr viel mehr als vor 20 Jahren. Damals war die Partei noch kleiner, und es war nöthig, daß man jährlich zusammen kam. Heute ist sie viel größer, wir sind über die ganze Bewegung viel mehr auf dem Laufenden, unsere Presse hat eine ganz andere Bedeutung. Wenn man im Auge behält, daß ein außerordentlicher Parteitag immer einberufen werden kann, dürften die Bedenken Bebel's wohl zurücktreten.

Emmel beantragt den Schluß der Diskussion. Hoch bekämpft den Schlußantrag. Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Sämmtliche drei Anträge werden mit großer Majorität abgelehnt.

Der Antrag der Parteikonferenz für den Wahlkreis 13. Hannover:

Den Passus 4 des § 13 der Organisation zu streichen und an dessen Stelle zu setzen: „Der alljährlich stattfindende Parteitag beschließt über die Verwendung der vorhandenen Parteigelder", findet nicht die genügende Unterstützung.

Genossen in Rintelen a. d. W. und Exten beantragen:

Die Diäten der Delegirten zum Parteitage aus der Parteikasse zu bezahlen.

Bartels-Wernigerode: Jeder Wahlkreis könne laut Organisationsstatut 3 Delegirte entsenden; das werde geschehen, wenn die Parteikasse für die Kosten aufkomme. Dann entständen mindestens 60 000 Mark Unkosten, die weit zweckmäßiger zur Agitation verwendet würden. Die Provinzial-Komitees sollten sich besser organisiren und dafür Sorge tragen, daß auch die ärmeren Kreise einen Delegirten entsenden könnten.

Niehoff-I. Hessen: Das Organisationsstatut hindert es bis jetzt, daß gerade die ländlichen Bezirke, wo das größte Elend herrscht, sich auf dem Parteitage vertreten lassen können. Die größeren Städte haben 2, 3 Delegirte hier; weit vortheilhafter wäre es, wenn die ärmeren ländlichen Wahlkreise mehr vertreten wären.

Auf Antrag Lingner-Achim wird die Debatte geschlossen und der Antrag Rintelen gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Die auf Seite 14 und 15 unter den Vorlagen an den Parteitag aufgeführten Anträge: Genossen in Bielefeld, Eckwarth-

B

Hamburg, Kamenz-Berlin, Eggert-Friedrichsberg, kommen mangels genügender Unterstützung nicht zur Verhandlung. Ueber die ebendort aufgeführten Anträge: Rebs-Weißenfels und Parteigenossen in Düsseldorf erfolgt Uebergang zur Tagesordnung.

Auch die während der Verhandlungen eingereichten Anträge:

1. König-Witten: „Um den jetzt mehrfach bei den Delegirtenwahlen zum Parteitage vorgekommenen Eventualitäten vorzubeugen, beschließt der Parteitag, das Statut dahin abzuändern, daß § 9 ad 1 dahin lautet:

Die Delegirten der Partei aus den einzelnen Wahlkreisen, welche in öffentlichen Parteiversammlungen oder, sofern die Ausdehnung des Wahlkreises die allgemeine Theilnahme der Parteigenossenschaft an einer solchen Versammlung erschwert oder verhindert, in Delegirten- resp. Kreiskonferenzen der betr. Wahlkreise zu wählen sind, mit der Einschränkung" u.s.f. wie im geltenden Statut;

2. Auer, Bebel, Fischer, Gerisch und Singer: dem § 17 des Statuts folgenden Inhalt zu geben:

„Das Gehalt des Chef-Redakteurs bestimmt der Parteitag",

3. Galm-Offenbach: Hinter § 9 ad 1 zu setzen:

Die Delegirten werden in öffentlichen Versammlungen bezw. Wahlkreiskonferenzen gewählt; unzulässig ist, von einem besonderen Orte aus Delegirte nachzuwählen.

Den zweiten Passus der Nr. 1 zu streichen.

finden nicht die zur Erörterung nothwendige Dreiviertelmehrheit.

Damit sind die zur Organisation vorliegenden Anträge und somit auch Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Meist-Köln verkündet namens der Mandats-Prüfungskommission das Resultat der Wahl zur Kommission in Sachen der Solinger Angelegenheit.

Abgegeben sind 211 Stimmzettel; 5 davon waren ungiltig. Gewählt sind: Koenen-Hamburg 140, Hoffmann-Zeitz 119, Ehrhart 113, Stolle 104, Metzner-Berlin 100, Winterblum-München 98, Gerisch 95.

Zugleich giebt Meist Namens der Mandats-Prüfungskommission bekannt, daß Genosse Thierbach sein Mandat zurückgezogen hat.

Der Parteitag geht über zum

Punkt 5 der Tagesordnung:

Die Maifeier 1893.

Dazu liegt folgende Resolution vor:

Im Anschluß an die auf dem Brüsseler Kongreß angenommene Resolution beschließt der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie:

B